BERNER BERNOIS

Journal

SVP Kanton Bern • UDC Canton de Berne • November • Nr. 5–2014

Wichtige Entscheide für die eidg. Wahlen 2+3

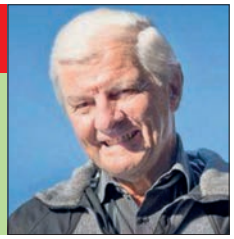
Albert Rösti ist Ständeratskandidat, Einheitsliste bei den Nationalratswahlen.

Abstimmung vom 30. November 2014 4–7

Am 30. November wird über drei wichtige eidgenössische Volksinitiativen abgestimmt.

Engagement für Nepal und Tibet 8+9

Bernhard Müller ist seit 50 Jahren für Verbesserungen in Nepal und Tibet im Einsatz.



Fraktionsausflug ins Diemtigtal 12

Die Teilnehmer genossen Bergkäse, Geselligkeit und Landschaft am Fraktionsausflug.

AZB 3000 Bern 25

Mehr SVP – gegen linke Ideologien und Auswüchse

Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

Bekanntlich verfolgt die Baudirektorin ihre linke Ideologie seit Jahren konsequent, in allen Bereichen. Zwar hat sie mit dem Nein der Stimmbürger zu einem weiteren Verkehrsvertreibungs- und Luxusbauprojekt (Tram Region Bern) einen Dämpfer erhalten. Mit dem Baugesetz bläst sie nun aber zur Jagd auf die Eigentümer, will enteignen und neue Gelder abzwacken.
Schlimm genug, dass das neue eidg. Raumplanungsgesetz 20% Mehrwertabschöpfung vorsieht. Die Berner Regierung begnügt sich aber natürlich nicht mit 20%, sondern will bis 50% und alles soll dem Kanton zufliessen. Dies kommt einer Enteignung gleich und nimmt gleichzeitig den Gemeinden Handlungsspielraum weg.
Die Ideologie geht aber noch weiter: Es sollen eine Lenkungsabgabe auf Zweitwohnungen erhoben und das Bauen verteuert werden, indem einmal mehr die Vorschriften betreffend Erdbebensicherheit verschärft werden.
Damit aber immer noch nicht genug: Die linke Berner Regierung will den Gemeinden sogar noch Planungskompetenzen wegnehmen und zum Kanton verschieben. Was dabei herauskommt, zeigt etwa das Beispiel der Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Mit dem Projekt «Landschaft: Natur, Landwirtschaft und Erholung» werden Landgemeinden zu Museen für erhaltenswerte Kulturlandschaften gemacht, in denen sich die Landwirtschaft nicht mehr entwickeln kann.
Nicht mit der SVP! Wir wehren uns gegen ein solches Baugesetz und sind bereits daran, mit den Verbänden und den bürgerlichen Partnern dagegen anzutreten und Auswüchse zu korrigieren.

Nicht nur das Baugesetz gibt uns zu denken, sondern auch die Steuergesetzrevision 2016. Neu soll der Pendlerabzug beschränkt werden – gerade noch 10 km Fahrweg pro Tag würden drin liegen. Wer leidet darunter? Einmal mehr die Randregionen, etwa unser Berner Jura.

Es sind Wahlen – nicht nur nächstes Jahr die eidgenössischen Wahlen, sondern vielerorts Gemeindewahlen. Und es braucht die Kraft der SVP auf allen Ebenen; schweizerisch, kantonal und kommunal! Genau wie beim Baugesetz und beim Pendlerabzug sind wir nur stark, wenn wir einander in die Hände arbeiten. Wenn das Asylgesetz auf Bundesebene nicht umgesetzt wird, der Kanton darunter leidet und es die Gemeinden ausbaden lässt, müssen wir gemeinsam schauen, wie dagegen auf allen Stufen angegangen werden kann. Als grösste, bestverankerte Partei muss es uns gelingen, das Ruder herumzureissen – für einen starken Kanton Bern.

Werner Salzmann

STAND

Völkerwanderungen

Der Begriff «Völkerwanderung» ist nicht mehr «in». Ganze Völker seien gar nie unterwegs gewesen und mit dem Wort «Volk» schrammt man sowieso hart an der Rassismusstrafnorm vorbei. Trotzdem: Die heutigen Zeiten erinnern – politisch oder historisch korrekt oder nicht – an eine Völkerwanderung.

2013 stellten rund 1 Million Menschen einen Asylantrag in Industriestaaten. Weltweit sind über 50 Millionen unterwegs auf der Suche nach einer neuen Zukunft. In Nordafrika sind eine Million auf dem Weg in Richtung Mitteleuropa, in Ungarn sollen es 20'000 Roma sein.

Ecopop scheint darauf eine Antwort zu geben. Weniger Kinder in der dritten Welt ergibt weniger Zuwanderung hier. Geburtenkontrollprogramme gehören aber seit Jahrzehnten zur Entwicklungshilfe, mit mässigem Erfolg. Das Rezept ist also ebenso überholt wie die Waffengewalt, die man im Altertum anwandte. Der heutige Weg führt über Recht und Gesetz. Die Beschlüsse sind dank der SVP da. Man muss sie nur umsetzen wollen.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin und Gemeinderätin

Grossaufmarsch an der Delegierte

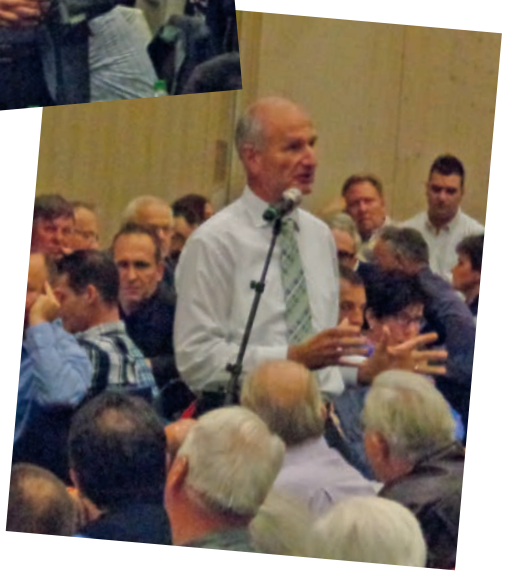
Albert Rösti, Nationalrat und Ständeratskandidat, Uetendorf

Trotz angekündigten schlechten Wetters gab es an der Delegiertenversammlung vom 22. Oktober einen Grossaufmarsch: Nicht weniger als 448 Delegierte plus zahlreiche Gäste fanden den Weg ins Oberstufenzentrum Unterlangenegg, wo sie von der Musikgesellschaft Schwarzenegg musikalisch begrüsst wurden.

Wegweisende Entscheide für die eidg. Wahlen
Schwerpunkte der DV waren die Nominierung des Ständeratskandidaten und Entscheide im Zusammenhang mit den Nationalratswahlen. Das Kandidatenfeld für die Ständeratswahlen hatte sich nach dem Rückzug der Kandidaturen von Parteipräsident Werner Salzmann, Fraktionspräsident Peter Brand und Nationalrat Rudolf Joder gelichtet und mit Nationalrat Albert Rösti stellte sich ein hochmotivierter Kandidat zur Verfügung. Albert Rösti überzeugte die Delegierten mit seinem Votum, er wurde ohne Diskussion und mit langanhaltendem Applaus als Ständeratskandidat nominiert.
Weiter galt es, die Zahl der Nationalratslisten und die Vergabe der Linien festzulegen. Zwei Anträge wurden einander gegenübergestellt: die vom Parteivorstand beantragte Einheitsliste und der Antrag auf zwei geographische Listen (Nord und Süd). Nach einer sachlich und gleichzeitig intensiv geführten Diskussion gaben die Delegierten der Einheitsliste den Vorzug.

Parolenfassung und Statutenrevision
Weitere Traktanden waren die Parolenfassung für die drei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen (s. Seiten 4–7) und eine Statutenänderung. Bei der Statutenänderung handelte sich um eine Anpassung an die Neuorganisation des Grossen Rates mit der entsprechenden Umbenennung der parteiinternen Fachkommissionen.

Herzlichen Dank an die SVP Schwarzenegg-Fahrni
Ein herzliches Dankeschön gilt der SVP Schwarzenegg-Fahrni. Sie war für die Organisation der Delegiertenversammlung verantwortlich und bewirtete die über 500 Delegierten und Gäste ausgezeichnet.



Einladung zu Informationsanlass

Der Vorstand lädt alle interessierten Personen ein zur Teilnahme an einem öffentlichen Informationsanlass.

Mittwoch, 12. November 2014, 13.30 bis 16.30 Uhr, Restaurant Kreuz, Dorfstrasse 30, 3123 Belp

Programm

13.30 Uhr	Referat von Nationalrat Adrian Amstutz: «Aktuelles aus Bundesbern» Anschliessend Diskussion
15.30 Uhr	Zvieri (Zvieri-Teller Fr. 19.50)
16.30 Uhr	Schluss der Veranstaltung

Anmeldungen mit/ohne Zvieri möglichst bis Freitag, 7. November 2014 bitte an den Präsidenten Rudolf Graf,
Postfach 55, 4912 Aarwangen
E-Mail: rudolf.graf@graf-krummenacher.ch
Tel. 062 919 40 40 oder
Fax 062 919 40 44

SVP Senioren Kanton Bern
Der Vorstand

nversammlung in Unterlangenegg

Ich bin hochmotiviert

Die Nomination als Ständeratskandidat und das damit ausgedrückte Vertrauen haben mich sehr gefreut und ich nehme diesen Auftrag mit grosser Motivation in Angriff. Wir wissen alle, dass wo gearbeitet wird, Fehler passieren, auch dann, wenn alle nur das Beste wollen. Auch kann nicht immer vermieden werden, dass dies in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Es ist bedauerlich, wenn dies beim einen oder anderen Ärger verursacht hat. Nun schauen wir aber nach vorne und dies ist auch möglich dank meinen Kandidatenkollegen. Werner Salzmann hat stets im Interesse der Partei gehandelt und eigene Ambitionen nie in den Vordergrund gestellt. Er hat sich deshalb, als klar wurde, dass bei drei Kandidierenden Spannungen innerhalb der Partei nicht vermieden werden könnten, zurückgezogen. Peter Brand gebührt ein grosser Dank, dass er sich sehr rasch hinter meine Kandidatur gestellt und damit die Strategie des Vorstands unterstützt hat. Auch Rudolf Joder hat mit seinem Rückzug im Interesse der Partei gehandelt.
Nach dem Rückzug von Werner Salzmann ergab sich für mich eine neue Ausgangslage. Der Vorstand sprach mir dann ohne Gegenstimme das Vertrauen aus, wenn ich mich doch für eine Kandidatur entschliessen könnte, und ich habe mich mit Überzeugung entschieden, zu kandidieren.

Auch vor diesem Hintergrund stelle ich mich mit aller Kraft zur Verfügung, im Wissen, dass die Zielsetzung, den Ständeratssitz zu erringen und möglichst viele Zusatzstimmen auf der Nationalratsliste zu erreichen, sehr hoch ist. Entsprechend stehe ich dieser Aufgabe mit Respekt gegenüber.
Zeit ist für alle ein knappes Gut. Ich habe ein 40%-Mandat als Gemeindepräsident und bin sonst selbstständig mit verschiedenen Mandaten engagiert. Ich kann somit meine Zeit selbst einteilen und werde mir selbstverständlich die notwendigen Freiräume schaffen. Ich bin in der Lage, ein Jahr vor den Wahlen meine Planung entsprechend anzupassen. Inzwischen weiss ich auch besser, was mich als Wahlleiter erwartet, als noch vor einigen Monaten. Meine diesbezügliche Arbeit findet vor allem jetzt statt und es muss alles aufgegleist sein, wenn dann der heisse Wahlkampf in den Kantonen läuft. Wenn ich dann, sei dies als Ständeratskandidat oder als Wahlleiter, mehr Plattformen habe, hilft das beiderseits.

Wir müssen für die Errungenschaften der Schweiz kämpfen. Ich werde alles daran setzen, mit einer differenzierten Argumentation und mit Fakten aufzuzeigen, dass die SVP dazu Lösungen anbietet. Es braucht für deren Umsetzung aber auch wieder einen bürgerlichen Ständerat. Dazu kann im Kanton Bern mit einer ungeteilten bürgerlichen Standesstimme ein wichtiger Schritt geleistet werden.

Ich bin bereit, mit meiner Ständeratskandidatur dafür zu sorgen!

Albert Rösti

Nationalratswahlen – Listenmodalitäten festgelegt

An der Delegiertenversammlung wurden erste Listenmodalitäten bestimmt. Die Delegierten entschieden sich klar für eine Einheitsliste und legten die Verteilung der 25 Linien an die Wahlkreise fest.

Die Einheitsliste hat viele Vorteile. Der ganze Kanton bildet einen einzigen Wahlkreis, somit ist es sinnvoll, nur mit einer Liste anzutreten. Zwei geographische Listen dagegen würden zu Unsicherheiten führen. Die Einheitsliste ist einfach und wählerfreundlich, da die Wähler bei einer einzigen Liste auf den ersten Blick sehen, welches die SVP-Liste ist, während zwei Listen den Wahlvorgang verkomplizieren und die Gefahr doppelt eingelegter und somit ungültiger Listen bergen. Die Einheitsliste minimiert zudem den Stimmenverlust durch Panaschierstimmen.

1 Liste = 1 Botschaft = wählt SVP
Die Einheitsliste ist für die Vermarktung ideal: Die SVP kann mit der Listennummer 1 als geeinte Mannschaft auftreten und 25 Spitzenleute mit hohem Bekanntheitsgrad präsentieren. Die Bisherigen als Zugpferde müssen nicht aufgeteilt werden und die Wählenden müssen sich nicht zwischen zwei Listen mit Bisherigen entscheiden. Es ist auch für alle Kandidierenden am fairsten, wenn alle Bisherigen auf derselben Liste sind. Bei der Einheitsliste sind die Kosten geringer, und schliesslich hat die Einheitsliste bei den Wahlen 2011 funktioniert, als die SVP ihre nach der Abspaltung verbliebenen Sitze trotz der damals starken BDP halten konnte.
Intensiv diskutiert wurde das Argument der Befürworter zweier Listen, dass zwei Listen zusätzliche Stimmen bringen würden. Die Befürchtungen der Delegierten waren indes zu gross, dass die Zahl ungültiger Stimmen aufgrund doppelt eingelegter Listen höher wäre als die Zahl zusätzlicher Stimmen.
Die Delegierten entschieden sich deutlich mit 330 zu 77 Stimmen für die Einheitsliste und folgten somit dem Antrag des Parteivorstands.

Linienverteilung auf die Wahlkreise
Wie bei den Wahlen 2007 und 2011 werden die 25 Linien anhand eines mathematischen und objektiven Vorgehens auf die Wahlkreise verteilt (s. Tabelle). Basis für die Berechnung bilden die Anzahl Stimmberechtigter sowie die Wählerstimmenanteile bei den Nationalratswahlen 2011 und den Grossratswahlen 2014 in den Wahlkreisen. Die Delegierten hiessen die Verteilung einstimmig bei 4 Enthaltungen gut.

Wahlkreis	Linien
Jura bernois	2
Biel-Seeland	3
Oberaargau	3
Emmental	3
Mittelland-Nord	3
Bern	2
Mittelland-Süd	3
Thun	3
Oberland	3
Total	**25**

Die Wahlkreise können überzählige Linien frei weitergeben. Die Nominierung der Nationalratskandidierenden erfolgt an der kantonalen DV vom 19. Januar 2015.

Nein zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Erich von Siebenthal, Nationalrat, Gstaad

Die Aufwandbesteuerung hat sich bewährt, auf kantonaler Ebene gibt es diese Steuer seit 1862 und auf Bundesebene seit 1934. Die Steuerbemessung gilt für Personen, die nicht arbeitstätig sind in der Schweiz.
Das Zusammenleben von pauschalbesteuerten Personen und der übrigen Bevölkerung in den Tourismusregionen hat sich über Jahrzehnte sehr gut bewährt, die Einkünfte über diese Steuer sind für die Gemeinden, die Kantone und den Bund von grösster Bedeutung.
Dazu kommt, dass viele dieser Personen sich zusätzlich, freiwillig an Bauvorhaben und sonstigen Investitionen in diesen Gemeinden beteiligen und so mithelfen, die nötige Infrastruktur zu erhalten.
Weil diese Personen sehr mobil sind, da sie weitere Wohnsitze haben, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gross, dass sie unser Land verlassen würden bei einer Annahme der Initiative.
Der Kanton Zürich hat bewiesen, dass dem so ist: 2009 wurde die Pauschalbesteuerung abgeschafft, innerhalb eines Jahres verliessen 97 von 201 Personen den Kanton; ein Drittel ins Ausland und zwei Drittel in andere Kantone. Mittlerweile bezahlen die gebliebenen 102 Personen zusammen über die normale Steuer weniger als vorher.

Abschaffung schädlich für Tourismusregionen

Wollen wir das oder nicht, das ist die Frage. Ich frage mich schon, was für eine Strategie hier die Initianten vor allem mit dem Berggebiet betreiben. Bereits haben wir die Zweitwohnungsinitiative, die einschneidende Auswirkungen haben wird, und jetzt wollen sie noch die Pauschalsteuereinnahmen und folglich auch die Investitionen, die diese Personen tätigen, wegnehmen.
Wenn Sie Ferien planen, beurteilen Sie das Angebot in der Region, wo Sie hinmöchten. Hat es ein Hallenbad, eine Curling Halle, Sportplätze, Bergbahnen, einen Golfplatz, Kulturanlässe und vieles mehr, je nach Angebot berücksichtigen Sie die Destination oder eben nicht.
Das ist die Realität, man darf nicht tragende Elemente den Tourismusregionen wegnehmen und dann erstaunt sein, warum wir gegenüber Österreich und andern Tourismusanbietern nicht mehr konkurrenzfähig sind.
Fakt ist, dass 20'000 bis 30'000 Arbeitsplätze verloren gehen würden.

Wichtige Einnahmequelle nicht aufs Spiel setzen

Die Pauschalbesteuerung generierte im Jahr 2012 695 Millionen direkte Steuereinnahmen, aufgeteilt gab das den Kantonen 313 Millionen, den Gemeinden 170 Millionen und dem Bund 212 Millionen.
Dazu kommen rund 1 Milliarde Immobilien und Aufträge an die Baubranche; 25 bis 35 Millionen AHV-Beiträge, rund 1,7 Milliarde Umsatz in der Hotellerie, der Freizeitindustrie und im Handel, rund 300 Millionen Mehrwertsteuereinnahmen, rund 470 Millionen Sponsorengelder für kulturelle, soziale oder wissenschaftliche Zwecke.
Wollen wir diese wichtigen Einnahmen aufs Spiel setzen?! Nein, denn es ist das bestmögliche, gerechte Steuersystem, um diese Personen zu erfassen, und volkswirtschaftlich von grösster Bedeutung.

Darum ein klares Nein zu dieser Initiative.

Erich von Siebenthal

Abstimmung vom 30. November 2014
Parole der SVP Kanton Bern

Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»:
NEIN (einstimmig)

Non à l'abolition des forfaits fiscaux

L'imposition d'après la dépense a fait ses preuves ; à l'échelon cantonal, l'imposition forfaitaire existe depuis 1862 et à l'échelon fédéral depuis 1934. Ce système d'imposition est appliqué pour les personnes qui n'exercent pas d'activités professionnelles en Suisse.
La cohabitation des personnes bénéficiant du forfait fiscal et le reste de la population dans les régions touristiques s'est avérée positive durant des décennies et les recettes de cet impôt sont capitales pour les communes, les cantons et la Confédération. En outre, bon nombre de ces contribuables participent spontanément à des projets de construction et investissent dans ces communes ; ils soutiennent ainsi la sauvegarde d'infrastructures nécessaires.
À ceci s'ajoute que ces personnes sont très mobiles, car elles ont d'autres domiciles ; il n'est pas exclus qu'elles quitteraient notre pays si cette initiative était acceptée. Ce qui s'est passé à Zurich le prouve : en 2009 quand l'imposition fiscale forfaitaire a été supprimée, de 201 personnes, 97 ont quitté le canton en moins d'une année ; un tiers est parti s'installer à l'étranger et deux tiers dans d'autres cantons. Aujourd'hui, les 102 personnes restées dans le canton de Zurich paient moins d'impôts qu'avant 2009.
Voulons-nous vraiment courir ce risque ? Je me demande si ceux qui ont déposé cette initiative ont réfléchi aux conséquences que cela aurait tout particulièrement dans les régions de montagne. Nous ressentons déjà les effets de l'initiative sur les résidences secondaires et voilà qu'aujourd'hui on voudrait retirer à ces régions isolées une autre source d'investissement et de revenus.
Quand vous planifiez vos vacances, vous commencez par regarder les offres de loisirs dans cette région. Y a-t-il une piscine couverte, une halle de curling, des terrains de sport, des téléphériques, un terrain de golf, des manifestations culturelles, etc., puis vous faites votre choix et vous y allez ou non.
C'est la réalité, on ne doit pas enlever aux régions touristiques leur source de revenus et s'étonner ensuite d'être moins compétitifs que des pays limitrophes comme l'Autriche.
Le fait est que nous perdrions entre 20 000 et 30 000 emplois.
L'imposition forfaitaire a généré en 2012, 695 millions de francs en recettes fiscales directes avec une répartition de 313 millions pour les cantons, 170 pour les communes et 212 pour la Confédération.
À ceci s'ajoute 1 milliard pour l'immobilier et des commandes dans la construction ; de 25 à 35 millions de cotisations AVS, 1,7 milliard de chiffre d'affaires pour l'hôtellerie, l'industrie des loisirs et le commerce, quelque 300 millions de recettes TVA, 470 millions de sponsoring pour les activités culturelles, sociales ou scientifiques.
Voulons-nous vraiment mettre en jeu ces recettes importantes ? Non, car ce système fiscal de qualité et juste permet de recenser ces personnes et joue un rôle économique prépondérant.

Un NON clair à cette initiative.

KEHRLI
DÄCHER VOM FACHMANN

Kehrli Bedachungen AG

STEILDACH – FLACHDACH – FASSADEN
ISOLATIONEN – REPARATUREN

Gerberngasse 30a, 3000 Bern 13
Telefon 031 311 40 49 / 031 311 24 49
Fax 031 819 66 36
Mail. kehrli.bedachungen@bluewin.ch

Impressum

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Postfach 448, 3000 Bern 25
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

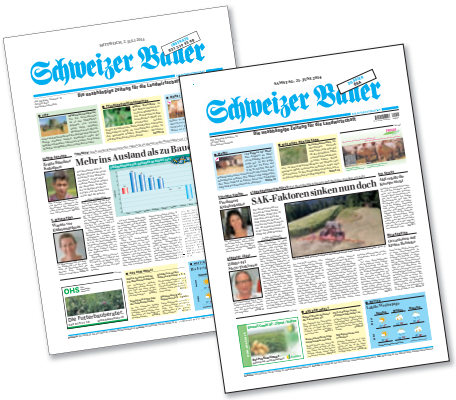
Papier Utzenstorf Papier, aufgebessertes Zeitungspapier, 60 gm2

Busmiete.ch
Basel • Bern • Zürich

• Busse mit und ohne Fahrer
• Fahrzeuge mit 9 – 50 Sitzen
• Neutrale Fahrzeuge ohne Firmenbeschriftung

Busmiete.ch AG
www.busmiete.ch • info@busmiete.ch
Buchenstr. 59, 4142 Münchenstein, 061 545 95 95
Freiburgstr. 443, 3018 Bern, 031 537 70 70
Südstr. 1, 8952 Schlieren, 044 534 64 64

Mit dem Schweizer Bauer treffen Sie den richtigen Entscheid!



Im Schweizer Bauer erfahren Sie aus erster Hand, was in der Schweizerischen Agrarpolitik passiert. Unsere ausgewiesenen Journalisten sind unmittelbar vor Ort, wenn wichtige Entscheide getroffen werden. Entscheiden auch Sie sich für die Nr. 1 der landwirtschaftlichen Fachpresse in der Schweiz!

2 Mal in der Woche - Mittwoch und Samstag - berichtet der Schweizer Bauer unabhängig und top-aktuell über alle Gebiete der Schweizerischen Landwirtschaft.
Zum Neuabonnent schenken wir Ihnen das grosse Schweizer Bauer-Taschenwerkzeug – natürlich in Schweizer Top-Qualität von Victorinox!

Ihr Geschenk

☐ **Ja, ich entscheide mich, den Schweizer Bauer für 1 Jahr zum Preis von Fr. 209.– zu abonnieren. Als Geschenk erhalte ich das grosse Schweizer Bauer Taschenwerkzeug.**

☐ Ich möchte den Schweizer Bauer erstmal kennenlernen. Senden Sie mir ein Schnupperabo für 3 Monate zu Fr. 36.– (ohne Geschenk!).

Name _____ Vorname _____

Strasse/Nr. _____ PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

127

Einsenden oder Faxen an: Schweizer Bauer, Aboservice, Industriestrasse 37, 3178 Bösingen, Fax 0844 40 50 60

Ecopop ist keine Lösung! Jetzt muss die SVP-Initiative «gegen Masseneinwanderung» umgesetzt werden.

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Ecopop – jährlich 200 Millionen Steuerfranken für «Pariser» in Afrika
Die Ecopop-Initiative trägt den Titel «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen». Erreicht werden soll dieses Ziel mit einer Beschränkung der Zuwanderung auf maximal 0,2%, also heute auf maximal 16'000 Einwanderer pro Jahr; und mit dem Auftrag, dass die Schweiz 10% ihrer Entwicklungshilfegelder zur Förderung der freiwilligen Familienplanung einsetzen muss.
Diese starre Zuwanderungs-Regelung verbunden mit dem Ziel, jährlich für rund 200 Mio. Fr. Steuergelder in Entwicklungsländern Verhütungsmittel zu verteilen, ist keine Lösung. Die SVP Bundeshausfraktion und die Schweizerischen SVP-Delegierten haben die Initiative darum sehr klar abgelehnt.

Keine Ablenkungsmanöver – Jetzt die angenommene SVP-Initiative umsetzen!
Seit dem 9. Februar 2014 steht in der Bundesverfassung, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern eigenständig steuert. Die Zuwanderung wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt, die auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Inländer-Vorranges auszurichten sind. Alle ausländerrechtlichen Aufenthaltsbewilligungen sind in diese Kontingente einzubeziehen. Familiennachzug und Sozialleistungen können beschränkt werden. Völkerrechtliche Verträge, die dem neuen Verfassungsartikel widersprechen, sind innerhalb dreier Jahre neu zu verhandeln und anzupassen. Dieser Lösungsansatz funktioniert – im Gegensatz zu Ecopop.

SVP hat wirkungsvolle, unbürokratische Umsetzung präsentiert
Die SVP hat bereits einen pragmatischen Vorschlag zur Umsetzung vorgelegt. Mit der Kombination aus Kontingenten, Inländervorrang und verschiedenen Begleitmassnahmen kann die Zuwanderung schnell und unbürokratisch gesenkt werden. Wie angekündigt, lehnt sich die Lösung vor allem an die bewährten Teile der Zulassungsregelungen, welche zwischen 1970 und 2002 galten und noch heute für Drittstaatsangehörige angewandt werden, an. Bei Familiennachzug und Sozialleistungen schlägt die SVP verschiedene Gesetzesänderungen vor, die für die angestrebte Wirkung – die Steuerung und v.a. Begrenzung der Zuwanderung – entscheidend sind. Nur eine Einschränkung von Familiennachzug und Sozialleistungen verhindert Missbräuche und senkt die Attraktivität der Schweiz für Personen, die nicht zur Arbeit einwandern wollen. Die SVP-Lösung liegt auf dem Tisch. Der Bundesrat ist bereits in die Verhandlungen mit der EU eingestiegen. Wir sind also auf dem Weg. Ecopop hingegen würde dies torpedieren. Ein Ja würde nicht mehr Druck auf die Umsetzung unseres Anliegens machen. Der Weg der Ecopop – Pariserverteilen in Entwicklungsländern – ist ein ganz anderer Weg. Bei einem Ja würde nur die ganze Diskussion um das Wie und Wo wieder von vorne beginnen. Deshalb mein Appell: Sagen Sie NEIN zur zeitverzögernden, untauglichen Ecopop-Initiative.

Adrian Amstutz

Abstimmung vom 30. November 2014
Parole der SVP Kanton Bern

Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative): **NEIN** (33 Ja, grossmehrheitlich Nein, 27 Enthaltungen)

L'Ecopop n'est pas une solution ! Et l'initiative UDC « contre l'immigration de masse » doit maintenant être appliquée

Ecopop – 200 millions de francs des recettes fiscales dépensées pour des « préservatifs » en Afrique
L'initiative populaire Ecopop a pour but un « Stop à la surpopulation pour la garantie de conditions de vie naturelles » en limitant l'immigration en Suisse à 0,2 et avec pour mandat que la Suisse consacre 10 % de son aide au développement au financement de mesures visant à encourager la planification familiale volontaire (quelque 200 millions de francs puisés dans les recettes fiscales). Ce n'est pas la solution. Le groupe UDC et l'Assemblée suisse des délégués ont rejeté clairement cette initiative.

Pas de manœuvre de diversion – l'initiative populaire UDC doit être appliquée !
Depuis le 9 février 2014, il figure dans la Constitution fédérale que la Suisse doit gérer de manière autonome l'immigration des étrangers. Le nombre des autorisations de séjour est limité par des plafonds et des contingents annuels fixés. Le regroupement familial et les prestations sociales peuvent être limités. Les traités internationaux qui sont en porte à faux avec ce nouvel article doivent être adaptés dans les trois ans. C'est une amorce de solution qui fonctionne à l'encontre de l'Ecopop.

L'UDC a présenté une proposition pragmatique d'application du nouvel article avec lequel l'immigration peut baisser rapidement et sans bureaucratie. L'application se concentre sur les dispositions d'admission avérées qui ont été appliquées entre 1970 et 2002 et le sont toujours pour des ressortissants d'États tiers. Nous avons proposé différentes modifications à la loi décisives pour gérer et surtout limiter l'immigration dans le domaine du regroupement familial et des prestations sociales pour empêcher des abus et freiner l'attractivité de la Suisse pour des personnes qui ne veulent pas immigrer pour travailler. La solution UDC est prête à l'emploi. Le Conseil fédéral est déjà en négociation avec l'UE. Nous sommes donc sur la bonne voie. Ecopop doit, par contre, être torpillée. Un Oui à Ecopop ne peut pas faire accélérer la réalisation de notre objectif, ne ferait que déclencher des discussions sans fin et il faudrait repartir depuis la case départ.
C'est pourquoi nous vous prions instamment de voter NON à cette initiative impraticable qui ne ferait que nous faire perdre du temps.

Asylproblematik end

Der Kanton Bern nimmt weit mehr Asylsuchende auf, als er bei einer gerechten Verteilung müsste. Das Asylchaos läuft aus dem Ruder. Höchste Zeit, dass der Regierungsrat umdenkt!

Stark betroffen ist aktuell das Emmental, welches im Verhältnis zur Bevölkerungszahl doppelt so viele Plätze zur Verfügung stellt, wie es fairerweise müsste. Besonders stossend ist der Fall von Schafhausen i.E., wo der Kanton trotz anderslautender Vereinbarung mit der Gemeinde mit der Kommunikation nach aussen vorpreschte und so dem Gemeinderat die Möglichkeit nahm, vorgängig das Gespräch mit der Bevölkerung zu suchen. Dies ist umso gravierender, als die Bevölkerung von Schafhausen aufgrund der Asylsuchenden praktisch verdoppelt wird.

Wenig echte Flüchtlinge
Der allgemeine Notstand entstand nicht wie von der Regierung vorgegeben durch die Lage in Syrien, sondern die verstärkten Zuwanderungen aus Eritrea. Dies zeigen die Asylzahlen eindrücklich. Ein Bundesverwaltungsgerichtsentscheid hat die Asylgesetzrevision praktisch ausgehebelt. Die Bevölkerung ist bereit, traumatisierten Flüchtlingen zu helfen, ist aber zu Recht empört, wenn Wirtschaftsflüchtlinge Obdach erhalten, während die Ärmsten vor Ort verbleiben.

Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold»

Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Bäriswil

Gerade in der heutigen unsicheren Zeit ist es für die Zukunft des Schweizerfrankens entscheidend, dass den Goldreserven Sorge getragen wird.

Die Initiative will folgende Ziele erreichen:
- Keine weiteren Goldverkäufe!
- Goldreserven sind in der Schweiz zu lagern!
- Goldanteil an Nationalbank-Aktiven muss mindestens 20% betragen!

Die Nationalbank darf das Gold nicht verkaufen
1995 sagte das Direktorium der Nationalbank:
«Die Schweizerische Nationalbank beabsichtigt in keinster Weise, ihre Goldreserven zu verkaufen...
Für Tausende von Jahren stand Gold für Wohlstand und Status, für Vertrauen und Verlässlichkeit. Die Loyalität der Nationalbank gegenüber Gold stärkt ohne Zweifel ihren Ruf und ihre Glaubwürdigkeit.»
Trotz dieser Aussage hat die SNB zwischen 2000–2005 massiv Gold verkauft und das zu äusserst schlechten (tiefen) Kursen. Dies soll künftig nicht mehr vorkommen.

Das Gold, das im Ausland liegt, muss in die Schweiz zurücktransportiert werden
70% des Goldes sind in der Schweiz gelagert, 30% in Grossbritannien und Kanada. Es ist sicher sinnvoll, die Goldbestände in die Schweiz zu holen, damit diese vom «Zugriff» von ausländischen Staaten und Behörden geschützt sind. Andere Länder wie bspw. Frankreich haben bereits sämtliche Bestände im eigenen Land und Deutschland hat damit begonnen, die Goldbestände schrittweise ebenfalls nach «Hause» zu holen.

Die Nationalbank muss mindestens 20% ihrer Aktiven in Gold halten
Ein Goldanteil von mind. 20% der Aktiven einer Notenbank ist sicher nicht schlecht. Viele Notenbanken (vor allem solche in Asien, aber auch Russland) stocken ihre Goldreserven aktuell laufend auf. Gold gilt als krisenbeständig und als Schutz vor Inflation. Zudem verhindert eine Golddeckung eine ungehinderte Geldschwemme via Geldpresse, was immer ein Risiko von Inflation beinhaltet. Der Wert von Papiergeld ist bekanntlich praktisch null (Papier, Farbe und Druckkosten), Gold hingegen hat einen «realen» Wert.
Aktuell ist der Goldbestand der SNB bei knapp 10% der Aktiven → eine Aufstockung innerhalb von 5 Jahren, wie es die Initiative vorschlägt, ist durchaus «kursschonend» machbar. Die Flexibilität ist mit den übrigen 80% der Aktiven noch immer gegeben.
Das einzige Gegenargument ist eher ein «ordnungspolitisches». Grundsätzlich sollte eine Notenbank völlig unabhängig von der Politik operieren können und es darf nicht sein, dass die Notenbank letztlich von allen Seiten Ansprüche bedienen muss.

Andrea Geissbühler

Initiative populaire « Sauvez l'or de la Suisse »

Aujourd'hui, dans ces temps empreints d'instabilité pour l'avenir du franc suisse, il faut prendre grand soin de nos réserves d'or. Les buts de l'initiative :
1. *Aucune nouvelle vente d'or!*
2. *Stockage des réserves d'or en Suisse !*
3. *Les actifs de la Banque Nationale doivent être d'au moins 20 % en or !*

La Banque Nationale ne doit pas vendre son or
Le directoire de la Banque Nationale d'alors affirmait en 1995 : « La Banque Nationale suisse n'a pas du tout l'intention de vendre ses réserves d'or…Pendant des milliers d'années, l'or représentait bien-être et statut, confiance et fiabilité. La loyauté de la Banque Nationale envers l'or renforce sa renommée et sa crédibilité. »
Malgré cette affirmation, la BNS a vendu de grandes quantités d'or entre 2000 et 2005 et en plus, à un très mauvais cours.

L'or stocké à l'étranger doit être rapatrié en Suisse
70 % de notre or est stocké en Suisse et 30 % en Grande-Bretagne et au Canada. Ces réserves d'or devraient être stockées en Suisse pour que des États étrangers et des autorités étrangères « ne se les approprient ».

Des pays comme la France stockent déjà leur or chez eux et l'Allemagne a commencé à récupérer ses réserves d'or.

La Banque Nationale doit avoir au moins 20 % de ses actifs en or
Avoir 20 % de ses actifs en or n'a rien de répréhensible pour une banque centrale. De nombreuses banques centrales (surtout en Asie, en Russie) augmentent leurs réserves en or actuellement. L'or est réputé résister à une crise et à être un pare-feu contre l'inflation. En outre des réserves en or empêchent l'afflux de billets de banque puisqu'il suffit de mettre en marche la planche à billets (risque d'inflation). La valeur de l'argent-papier est pratiquement nulle (papier, couleur et frais d'impression), l'or par contre a une valeur « réelle ».
Actuellement les réserves de la BNS en or ne dépassent pas les 10 % des actifs, une augmentation sur cinq ans comme le propose l'initiative n'a rien d'utopique. La flexibilité reste préservée avec les 80 % des actifs.

L'unique argument contre est plutôt d'ordre politique. Par principe, une banque centrale devrait pouvoir opérer en toute indépendance en abstrayant toute influence politique ; le rôle d'une banque centrale n'est pas de remplir les desiderata de tout un chacun.

Abstimmung vom 30. November 2014 Parole der SVP Kanton Bern

Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»: **JA** (220 Ja, 162 Nein, 14 Enthaltungen)

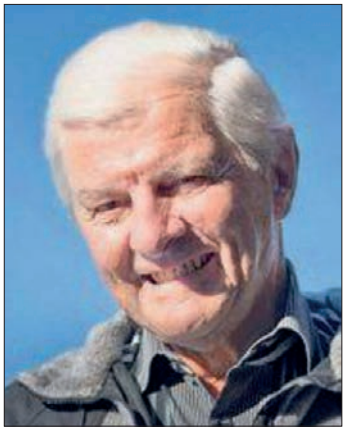
lich richtig anpacken

Auf Grund der besonders akuten Missstände im Emmental sind Emmentaler SVP-Exponenten aktiv geworden:

Die Motion Pieren im Nationalrat fordert den Bundesrat auf:
- die Ziele der verschärften Asylgesetzgebung umzusetzen
- dafür zu sorgen, dass die geltenden Bestimmungen nicht einfach durch neue Asylgründe unterlaufen werden.

Die Motion Bärtschi/Sutter im Grossen Rat fordert:
- die Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse bei der Unterbringung der Asylsuchenden
- eine bessere Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden
- eine Intervention beim Bundesamt für Migration um sicherzustellen, dass die Lasten gleichmässig verteilt und nicht einseitig auf den Kanton Bern abgewälzt werden
- eine Intervention beim Bundesrat, dass die Ziele der verschärften Asylgesetzgebung erreicht und die Vorschriften nicht von Wirtschaftsmigranten umgangen werden.

Ungebrochener Einsatz seit 50 Jahren



Bernhard Müller, ehem. Regierungsrat und Nationalrat

Seit über 50 Jahren setzt sich Bernhard Müller, ehem. Regierungsrat und Nationalrat der SVP, für eine Verbesserung der Lage in Tibet und Nepal ein. Sein Engagement ist ungebrochen und – leider! – nach wie vor dringend notwendig.

Bernhard Müller zeigt damit, dass das politische Engagement für und in der SVP die Sorge um die Welt nicht ausschliesst, sondern im Gegenteil dazu gehört. Es ist ihm ein dringendes Anliegen aufzuzeigen, dass in Tibet und Nepal Völker für die demokratischen Rechte kämpfen, welche auch der SVP in der Schweiz wichtig sind.

Tibet-Frage ungelöst

Allein die Tatsache, dass der Bundesrat einmal mehr nicht bereit war, den Dalai Lama anlässlich seines letztjährigen Besuchs zu empfangen, zeigt, dass die Tibet-Frage nach wie vor ungelöst und relevant ist. Der Bundesrat wollte keine Kontroverse anheizen.

China begann 1949 unter Mao Tsetung, seinen Nachbarstaat Tibet zu erobern und die tibetische Bevölkerung zu dezimieren. Nach Schätzungen leben in der heutigen sogenannten «Autonomen Region Tibet» mit Lhasa als Hauptstadt nur noch 1,9 Mio. Tibeter von den ehemals 6,6 Mio. Sie werden immer stärker und rascher an den Rand der Existenz gedrängt. 1,3 Mio. sind umgekommen, 500'000 leben im Exil und 2,9 Mio. wurden im Jahr 1965 klammheimlich in chinesische Provinzen integriert und mit allen Mitteln sinisiert. Mit anderen Worten: Ein ehemals freies und unabhängiges Volk wird seit Jahrzehnten unterdrückt. Die ebenso auf Freiheit und Unabhängigkeit bedachte Schweizer Bevölkerung darf hier nicht wegschauen.

Politisches und praktisches Engagement

Auf politischer Ebene engagiert sich Bernhard Müller zusammen mit SVP-Nationalratsmitgliedern dafür, dass

Schweizer Hängebrücke im Everest-Gebiet mit 272 m Spannweite (!), unerlässlich für Mensch und Tier…

Dr. phil. nat. Bernhard Müller

Jg. 1931, war von 1962–1965 Chef der schweizerischen Entwicklungsprojekte in Nepal. Dann wurde er Abteilungschef des Eidg. Amtes für Umweltschutz und Eidg. Fischereiinspektor. Von 1974–1990 wirkte er für die SVP als Regierungsrat des Kantons Bern und von 1979–1987 auch als Nationalrat. Seit 1990 organisiert Bernhard Müller Studienreisen nach Nepal und setzt sich praktisch ununterbrochen vor Ort für die volkswirtschaftliche und politische Entwicklung von Nepal und Tibet ein.

Er publizierte auch mehrere Bücher zum Thema, u.a. beim Weber-Verlag, Thun/Gwatt (www.weberverlag.ch):
– «Himalaja – Wunder auf Schritt und Tritt…», 2008 (Bildband, auch als e-book erhältlich)
– «... Und der Himalaja lebt...», 2004 (Bildband)
– «Namasté», tibetisch-nepalesisches Küchenbuch (4. Auflage)
– *«Tibet – wir lassen dich nicht sterben…», (soeben erschienen)*

der Bundesrat die völker- und menschenrechtsrelevanten Fragen Tibets in die bilateralen und multinationalen Programme integriert und anerkennt, dass Tibet nicht einfach ein Teil der Volksrepublik Chinas ist, wie EDA-Vorsteher Didier Burkhalter dies völkerrechtswidrig behauptet.

Wichtig ist aber auch konkrete Entwicklungshilfe nach dem Prinzip «Hilfe zur Selbsthilfe» in Tibet und Nepal, die nachhaltiger ist als die von der SVP immer wieder kritisierte rein finanzielle Hilfe. Auch diesbezüglich engagiert sich Bernhard Müller seit langem. In Nepal konnte etwa erreicht werden, dass nicht mehr nur während der Monsunzeit angebaut wird, was zu einem grossen Mehrertrag geführt hat und zudem auch gegen die Austrocknung half. Weitere, ebenfalls erfolgreiche Massnahmen betreffen die Sortenwahl und die Düngung mit Kompost oder die verbesserte Bewässerung. In der Viehzucht und der Aufforstung sind ebenfalls Erfolge zu verzeichnen. Unter anderen klimatischen Bedingungen gelang es auch in Tibet, mit ähnlichen Massnahmen den Ertrag zu steigern und gegen die Erosion anzukämpfen. Die Beispiele zeigen in aller Kürze, wie eine sinnvolle Entwicklungshilfe aussehen könnte. Hunger gibt es nicht mehr.

Sowohl die politische wie auch die praktische Unterstützung müssen aber weitergehen, damit das tibetische Volk gerettet werden kann, bevor es dafür zu spät ist.

Zwischen Nepal und Tibet das Kleinkönigreich Mustang, 2000 – 6'200 m ü. M., König Jigme Parbal Bista und Bernhard Müller arbeiten seit 50 Jahren eng zusammen.

Flachdachstädtchen Khageni, 2'930 m ü. M., mit Sicht auf Nilgiri Nord, unmittelbar vor der ergiebigen Buchweizenernte als Novität…

Familie bei Kathmandu, 1'329 m ü. M., erste Ernte von Schweizer Winterweizen im April, zweite Ernte von Reis, Mais, Kartoffeln, Hirse sowie 20 Schweizer Gemüsen im Oktober.

Die neugewählten SVP-Grossrätinnen

Madeleine Amstutz

Steckbrief

Name: Madeleine Amstutz
Wohnort: Sigriswil
Geburtsdatum: 10.3.1979
Beruf: Dipl. Betriebswirtschafterin, EMBA
Politische Funktionen: Grossrätin des Kantons Bern, Gemeindepräsidentin Sigriswil, Kassierin SVP Wahlkreisverband Thun
Zivilstand/Familie: ledig, keine Kinder
Hobbys: Sport, Reisen und Natur

Wie ist es, die SVP im Grossen Rat zu vertreten?
Mit Freude und mit dem notwendigen Respekt vor den vielseitigen Aufgaben vertrete ich gerne die SVP-Anliegen im Kantonsparlament. Interessant sind auch die Kommissions- und Fraktionsarbeiten.

Deine bisher positivsten Erlebnisse?
Der Start im Grossen Rat ist positiv erfolgt. Jede einzelne gewonnene Abstimmung, welche zu Gunsten der SVP und der bürgerlichen Politik ausfällt, ist ein positives Erlebnis.

Was ist mühsamer, als du es erwartet hast?
Die politischen Verhältnisse im Grossen Rat sind knapp und es bedingt den vollen Einsatz, auch wenn die politischen Wege zum Teil lang sind.

In welchen Bereichen bringst du dich im Besonderen ein?
- Gesunde Finanzen, tiefere Steuern
- Bessere Rahmenbedingungen für Gewerbe, Landwirtschaft und Tourismus
- Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Bern, weniger Bürokratie
- Für eine produzierende Landwirtschaft, für Schulterschluss von Stadt und Land
- Sicherheit, Freiheit, gute Bildung, Gemeindeanliegen, etc.

Hast du Anliegen/Vorstösse, die du demnächst einbringen willst und wenn ja welche?
Es ist richtig, als Grossrätin in vielseitige Anliegen eingebunden zu werden. Aktuell mache ich Abklärungen betreffend der gültigen Pflegeplatzregelung im Gesundheitswesen, welche evtl. zu einem neuen Vorstoss führen könnte.

Andrea Gschwend-Pieren

Steckbrief

Name:
Andrea Gschwend-Pieren
Wohnort: Oberburg
Geburtsdatum: 20.5.1978
Beruf: Betriebswirtschafterin lic.oec.HSG, Unternehmerin
Politische Funktionen: Grossrätin, Gemeinderätin Oberburg, Zentralvorstand SVP Schweiz, Vorstand SVP Oberburg, Vizepräsidentin Bärenclub
Zivilstand/Familie:
verheiratet seit dem 16.8.2014
Hobbys: Motorrad fahren, Ski fahren, Reisen, Jassen

Wie ist es, die SVP im Grossen Rat zu vertreten?
Schön! ☺ Die SVP entspricht mir, meiner Meinung und ich politisiere mit viel Herzblut für diese Partei!

Deine bisher positivsten Erlebnisse?
Auf der einen Seite sicher die gute Zusammenarbeit in der Fraktion. Ich freue mich immer darauf, meine Kolleginnen und Kollegen in der Session wiederzusehen. Positive Erlebnisse sind auch, wenn Abstimmungen im Sinne der SVP ausfallen, wenn man sich für eine Sache mit viel Leidenschaft einsetzt und dann Erfolg hat.

Was ist mühsamer, als du es erwartet hast?
Ich hätte erwartet – oder vielleicht besser gesagt: Ich hatte die Hoffnung, dass die bürgerlichen Parteien beziehungsweise diejenigen Parteien, die sich bürgerlich nennen, besser zusammenarbeiten, sich gegenseitig stützen und einander bei Abstimmungen helfen. Leider ist dies bei weitem nicht der Fall und immer noch verlieren wir im Grossen Rat Abstimmungen, weil einige «bürgerliche» Parteien oftmals mit der linken Seite stimmen.

In welchen Bereichen bringst du dich im Besonderen ein?
Als Tochter eines Polizisten interessiert mich das Thema Sicherheit besonders. Ich freue mich sehr, mich als erstes Ersatzmitglied in der Sicherheitskommission einbringen zu können.
Als Gemeinderätin von Oberburg setze ich mich natürlich auch ein für die Anliegen der Gemeinden. Ich bin überzeugt vom Grundsatz der Subsidiarität: soviel Kompetenz wie möglich bei den Gemeinden und beim Volk!

Hast du Anliegen/Vorstösse, die du demnächst einbringen willst und wenn ja welche?
Zusammen mit 5 weiteren Grossräten aus verschiedenen Landesteilen und einem Nationalrat bin ich dabei, die Zentralisierungsstopp-Initiative zu lancieren. Es geht darum, dass die Gemeinden gegenüber dem Kanton gestärkt und der zunehmenden Zentralisierung Einhalt geboten werden sollen.

Annegret Hebeisen-Christen

Steckbrief

Name:
Annegret Hebeisen-Christen
Wohnort: Münchenbuchsee
Geburtsdatum: 2.12.1966
Beruf: Geschäftsfrau und Bäuerin
Politische Funktionen: Grossrätin, Mitglied Bildungskommission, Präsidentin SVP Münchenbuchsee
Zivilstand/Familie: verheiratet mit Fritz, 2 Kinder, Nathalie und Philippe
Hobbys: Skifahren, Städtereisen, Sprachen

Wie ist es, die SVP im Grossen Rat zu vertreten?
Fühlt sich gut an. Da ich keine Berührungsängste habe, gehe ich offen und eigentlich ohne Vorurteile auf unsere Fraktionsmitglieder und auch die anderen Mitglieder im Grossen Rat zu und hatte bis jetzt nur positive Begegnungen.

Deine bisher positivsten Erlebnisse?
Politisch ist noch vieles neu. Besonders gefreut hat mich, wie gut und schnell ich von den bisherigen SVP Fraktionsmitgliedern aufgenommen wurde.

Was ist mühsamer, als du es erwartet hast?
Ich bin mein Grossratsmandat ohne grosse Erwartungen angegangen. Daher empfinde ich nichts als mühsam. Der Ratsbetrieb ist gewöhnungsbedürftig, aber enorm spannend.

In welchen Bereichen bringst du dich im Besonderen ein?
Als Vertreterin der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Hauseigentümer werde ich mich an erster Stelle für deren Anliegen einsetzen. Als Mitglied der Bildungskommission bringe ich mich aktiv ein, was das Volksschul-, Mittelschul- und Berufsbildungswesen sowie die Kultur angehen.

Hast du Anliegen/Vorstösse, die du demnächst einbringen willst und wenn ja welche?
Ein Anliegen ist mir, dass der Lehrplan 21 fundiert und sachlich in unserer Fraktion bzw. Partei diskutiert wird.
Konkrete bzw. spruchreife Vorstösse habe ich noch keine im Köcher. Bevor ich einen Vorstoss zu einem mir wichtigen Thema eingebe, will ich Abklärungen treffen und recherchieren. Das braucht Zeit. Husch, husch geht in diesem

stellen sich vor

Fall nicht, denn neben dem Mandat als Grossrätin läuft sonst auch noch einiges.

Anne Speiser

Steckbrief

Name: Anne Speiser
Wohnort: Zweisimmen
Geburtsdatum: 9.10.1961
Beruf: Hausfrau / Projektbegleiterin
Politische Funktionen: Grossrätin
Zivilstand/Familie: verheiratet, 3 erwachsene Kinder und 1 Schwiegersohn
Hobbys: Lesen, Walken, Skifahren

Wie ist es, die SVP im Grossen Rat zu vertreten?
Sehr gut, ich kann meine Überzeugungen vertreten und freue mich über die Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion.

Deine bisher positivsten Erlebnisse?
Die kollegialen Begegnungen mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen, aber auch über die Parteigrenze hinweg. Die Erweiterung meines Netzwerkes, das ich für die Ausübung meines Amtes brauche.

Was ist mühsamer, als du es erwartet hast?
Mehrheiten lassen sich für uns als SVP Fraktion nicht so einfach finden. Je nach Thema / Motion sind wir als Bürgerliche ganz einfach alleine.

In welchen Bereichen bringst du dich im Besonderen ein?
Die Sicherung der Existenzen im ländlichen Raum liegt mir sehr am Herzen.
Die Zentralisierungen haben uns im Berggebiet stark zugesetzt, das muss korrigiert werden.

Hast du Anliegen/Vorstösse, die du demnächst einbringen willst und wenn ja welche?
Die Grundversorgung im Akutbereich darf nicht nur ein Recht der Agglomerationen und von den Städten sein. Das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land ist mit dem heutigen Spitalversorgungsgesetz nicht vorhanden.
Die gesamten Leistungen der Spitex sind massgebend wichtig für die Altersversorgung, da dürfen keine weiteren Kürzungen getätigt werden.

Herzliche Gratulation, Monique Jametti Greiner!

Die SVP Frauen sind hocherfreut über die glanzvolle Wahl von Prof. Dr. Monique Jametti Greiner als Bundesrichterin. Die Thunerin war seit 1982 im Bundesamt für Justiz tätig, seit 1997 als dessen Vizedirektorin und seit 2007 zudem als Leiterin des Direktionsbereichs Privatrecht.

Die SVP Frauen wünschen ihrem Mitglied Monique Jametti Greiner alles Gute im neuen Amt.

Schweizer Recht soll gelten

Manfred Bühler, Maire von Cortébert, Fürsprecher und Vizepräsident SVP Kanton Bern

Am 25. Oktober 2014 hat die SVP Schweiz über eine Volksinitiative «zur Umsetzung von Volksentscheiden – Schweizer Recht geht fremdem Recht vor» diskutiert. Ziel ist es, der Schwächung und Aushebelung der Volksrechte entgegen zu treten.

Die internationale Rechtsentwicklung beeinflusst die Justiz in der Schweiz immer stärker. Das Völkerrecht be- und verhindert immer häufiger die Umsetzung von Volksentscheiden. Entscheide, die einst von Nationalstaaten unabhängig gefasst und umgesetzt werden konnten, sind plötzlich nicht mehr statthaft. Gerne wird zudem auf völkerrechtliche Schranken verwiesen, wenn es gilt, unliebsame Volksentscheide der SVP umzusetzen. Das Argument, «übergeordnetes Recht» erlaube die Umsetzung nicht, ist für die Linke zum viel zitierten Killerkriterium geworden. In der Bevölkerung hingegen sinkt das Verständnis für die Rechtsentwicklung. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sorgen regelmässig für Unmut, denn gestützt auf die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) werden immer wieder Ausweisungsentscheide ausgehebelt. Damit wird eine Konvention, welche vor dem Hintergrund des 2. Weltkrieges entstand, zu einer Rechtsgrundlage gemacht, welche an den Grundprinzipien des Nationalstaates zu rütteln droht.

Schwächung der Volksrechte
Besonders problematisch sind folgende Entwicklungen in unserem Land:

- der Vorrang des Völkerrechts gegenüber dem Landesrecht wird zu einer Selbstverständlichkeit, obwohl laut Bundesverfassung das Völkerrecht bloss zu «beachten» ist,
- auch nicht zwingendes Völkerrecht wird über Schweizer Recht gestellt, obwohl nur das zwingende Völkerrecht eine Schranke einer Verfassungsänderung ist,
- der Begriff des zwingenden Völkerrechts wird ausgeweitet; Rechtsprofessoren argumentieren z.B., das Verhältnismässigkeitsprinzip gehöre im Bereich der Menschenrechte zum zwingenden Völkerrecht, womit die Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt werden dürfe.

Damit wird die Souveränität der Schweiz in Frage gestellt und die direkte Demokratie beschädigt.

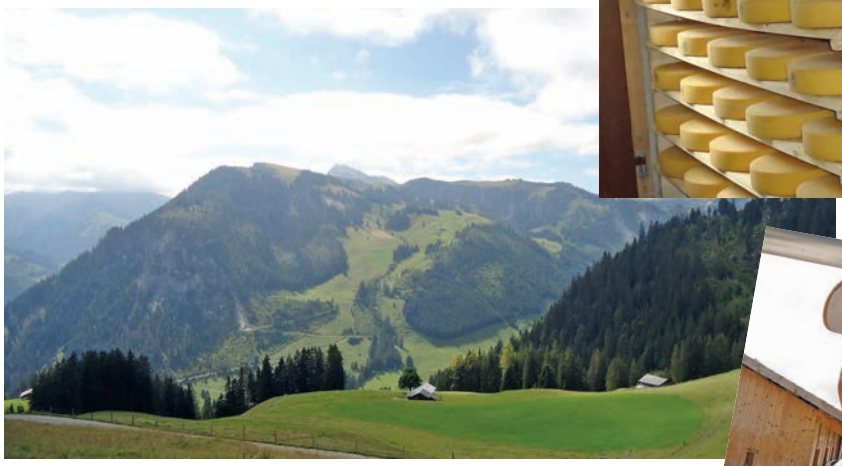
Was will die Volksinitiative?
Die Verfassung soll völkerrechtlichen Verpflichtungen ausdrücklich vorgehen. Einzige Ausnahme bleibt das zwingende Völkerrecht, neu wird dieses aber klar definiert, damit es nicht mehr immer weiter ausgedehnt werden kann zulasten der Volksrechte. So ist auch sichergestellt, dass das vom EGMR geschaffene Richterrecht nicht als zwingendes Völkerrecht gilt.

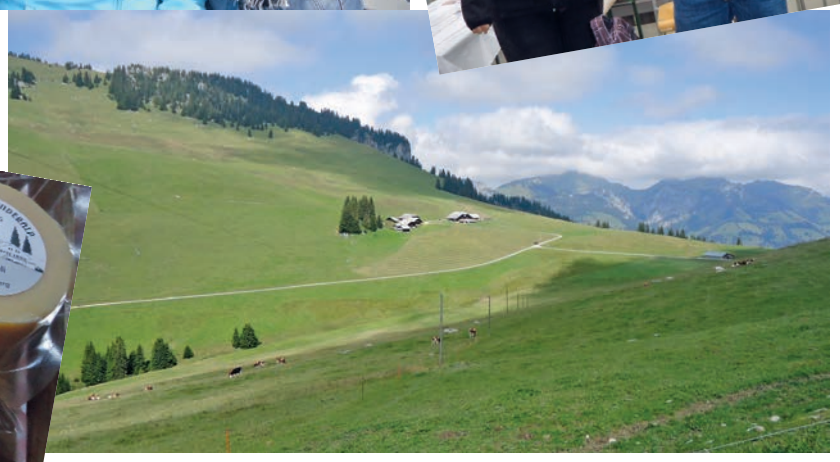
Mit Asylinitiative koppeln
Aus meiner Sicht wäre es möglich, eine solche Initiative mit einer Asylinitiative zu koppeln und damit klar auf die entscheidenden Fragen zu fokussieren, nämlich auf die für einen Nationalstaat zentrale Frage, wer in diesem Land zu welchen Bedingungen ein Aufenthaltsrecht erhält und behält. Es kann nicht sein, dass ein Staat nicht mehr darüber entscheiden kann, welche Rechte und Pflichten mit dem Aufenthaltsrecht verknüpft werden können. Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit ist ebenso wichtig wie die Grundrechte, aber beides darf nicht so weit ausgedehnt werden, dass es zum Täterschutz wird. Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition und immer schon Schutzsuchenden Hilfe geboten. Das Asylrecht ist jedoch zu einem Einwanderungsweg geworden, während die wahrhaftig Schutzbedürftigen oftmals aussen vor bleiben. Dies sollten wir nicht einfach hinnehmen. Wir müssen handeln, nötigenfalls mit einer Doppelinitiative.

Manfred Bühler

Impressionen vom Ausflug der SVP-Grossratsfraktion

Die Teilnehmer des Fraktionsausflugs konnten bei grossem Wetterglück die herrliche Landschaft geniessen und wurden von der Familie Iseli ausgezeichnet bewirtet, unter anderem auch mit Käse der Alpkäserei Rinderalp Abendberg. Zudem erfuhren sie vom Bergvogt, wie die Bewirtschaftung einer Alp funktioniert, und erhielten interessante Informationen über den Naturpark Diemtigtal.
Die Wanderung zur Alp Tschuggen und das Nachtessen im Restaurant Diemtigbärgli boten Gelegenheit zum geselligen Gedankenaustausch.





Fotos: Maria Leban, Parlamentsdienste